



■ 100 Jahre Volkshaus Röhlinghausen

Am 20. April 2023 fand mit mehr als 150 Gästen eine Festveranstaltung aus Anlass des 100. Geburtstages des Volkshauses statt. Wir dokumentieren nachfolgend den Redebeitrag unsere Freundes Norbert Kozicki

Volkshaus Röhlinghausen , einhundert Jahre, ein stolzes Jubiläum!

„Volkshaus Röhlinghausen“, als Begriff und Ort ist diese Einrichtung aus der Röhlinghausener Stadtteilgeschichte nicht wegzudenken. Diese Geschichte ist eng mit der Geschichte der Arbeiterbewegung verknüpft. Diese Orte der Begegnung, der Kommunikation und der Kultur des „kleinen Mannes und der kleinen Frau“ erfüllen für die Bewohner wichtige Funktionen. Hier trifft sich die Nachbarschaft, soziale und politische Informationen werden ausgetauscht und die Mitglieder der unterschiedlichen Vereine und Interessensgruppen nutzen die Einrichtung zur Durchführung und Präsentation ihrer Aktivitäten.

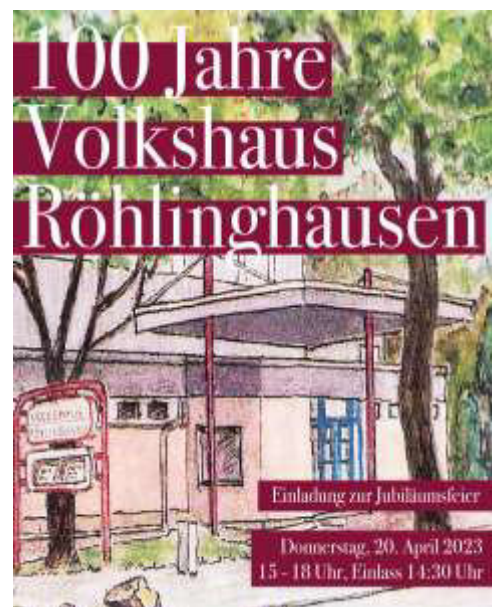
Die Volks- und Gewerkschaftshäuser, die meist zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden sind, wurden soziale und kulturelle Treffpunkte für die Arbeiterbewegung, in denen neben den Büroräumen der Gewerkschaften auch Gaststätten, Versamlungs- und Festsäle untergebracht waren.

Im Unterschied zur Entstehung des Herner Volkshauses und des Gewerkschaftshauses „Stöckmannshof“ im Wan-

ner Norden beschloss die Gemeindevertretung von Röhlinghausen in ihrer Sitzung am 10. Februar 1921 den Betrieb eines Volkshauses in eigener Re-



Strathmann's Hof wurde zum Volkshaus



gie durchzuführen. Zu diesem Zweck kaufte die Gemeinde den Bauernhof der Familie Strathmann, der im Jahre 1812 erbaut wurde. Die Initiative zu diesem Bauvorhaben ging in der Gemeindevertretung von der SPD aus.

Die Gemeinde finanzierte den Umbau über Kredite, die bei der Amtssparkasse Wanne aufgenommen wurden. Die Finanzierung gestaltete sich in jenen Tagen überaus schwierig, denn Deutschland erlebte eine galoppierende Inflation.





Volkshaus Röhlinghausen heute

Im Protokollbuch der Gemeindevertretung wurde die stattliche Kaufsumme von 400 000 Mark dokumentiert. Die Gemeinde Röhlinghausen war im Gebiet der Ämter von Wanne und Eickel die einzige Gemeinde, die schuldenfrei war. Dafür sorgten die Zechengesellschaften im Gemeindegebiet mit ihren kommunalen finanziellen Abgaben.

Die Aufbringung dieser riesigen Kaufsumme kann aus heutiger Sicht nur als eine Herkulesaufgabe bezeichnet werden. 1921 bis 1923 galoppierte die Inflation und jeden Tag konnte man in der Zeitung auf der ersten Seite lesen, um wie viel Wert der Dollar stieg.

Seit dem 11. Januar 1923 war das gesamte Ruhrgebiet von französischen und belgischen Truppen besetzt war. Die französische Regierung bestand auf der Einhaltung des sogenannten Friedensvertrages von Versailles mit den entsprechenden Wiedergutmachungszahlungen von Deutschland an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs. Der Amtsbezirk Wanne mit der Gemeinde Röhlinghausen



Französische Kavallerie im benachbarten Gelsenkirchen-Buer,

Bundesarchiv Bild 102-00014,

war seit dem Januar 1923 von 1.300 französischen Soldaten besetzt. Zwei Tage vor der feierlichen Eröffnung des Volkshauses Röhlinghausen kam es im Essener Kruppwerk zu einem vom französischen Militär ausgelösten Massaker mit 13 Toten und 32 Schwerverletzten. Diese Jahre in der deutschen Geschichte kann man schwerlich als die „Goldene Zeit der Weimarer Republik“ bezeichnen. In den Jahren von 1918 bis 1923 konnte man die wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung nur als

katastrophal bezeichnen. Die Löhne der Bergarbeiter lagen zeitweise bis zu 100 Prozent unter dem damaligen Existenzminimum. Die Wochenlöhne erreichten ungefähr 180 Mark, während das Existenzminimum zeitweise 360 Mark für eine vierköpfige Familie betrug.

Leben wurde durch den Bergbau bestimmt

Das Leben des Stadtteils Röhlinghausen wurde durch die Arbeit auf den umliegenden Zechen bestimmt. Die Novemberrevolution von 1918 am Ende des Ersten Weltkriegs brachte für die konkrete Situation der Bergarbeiter im Ruhrgebiet die Einführung der Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt. Am 23. November 1918 gestand der Zechenverband den Gewerkschaften geringfügige Lohnerhöhungen zu, in der Hoffnung, damit die Bergarbeiter beruhigen zu können. Das erwies sich als Fehlschlag. Die Bergarbeiter, die während des Ersten Weltkriegs unter der Lohndrückerei und der sehr schlechten Lebensmittelsituation („Steckrübenwinter 1916/17“) gelitten hatten, forderten weit größere Zugeständnisse von den Bergbauunternehmern, um wieder zu einigermaßen verträglichen Lebensverhältnissen zu kommen.

Dazu muss man wissen, dass sich die wirtschaftliche Situation der Bergbaugesellschaften während des Krieges enorm verbessert hatte. Die Magdeburger Gesellschaft der Zeche Königsgrube in Röhlinghausen war in der Lage, auf neue Aktien 28 Prozent Dividende auszuschütten. Das war kein Einzelfall.

Der wirtschaftliche Spielraum für angemessene Lohnerhöhungen war für die extrem gefährliche Tätigkeit unter Tage jederzeit gegeben. Man sollte auch wissen, dass fast jedes Jahr seit 1911 ca. 2.000 Bergarbeiter ihr Leben unter Tage verloren, und zwar in der Regel nicht bei Massenunfällen wie Schlagwetter- oder Kohlenstaubexplosionen, was die Statistik der Knappschaft belegt.



Zeche Königsgrube

Im Dezember 1918 beteiligten sich im Raum von Wanne und Eickel die Kumpel von der schon erwähnten Zeche Königsgrube an der Streikbewegung im Ruhrgebiet.

Der Grund dafür war die besonders katastrophal schlechte Lebenssituation der Bergarbeiter und ihrer Familien in der Gemeinde Röhlinghausen. Diese Dezemberstreiks waren in der Hauptsache eine Bewegung für die Verbesserung der materiellen Lebenssituation. Die betriebliche Situation der Bergarbeiter war auch nach der Novemberrevolution „...noch am ehesten den Herrschaftsstrukturen in Arbeitslagern für Strafgefangene vergleichbar.“

Dafür zeichnete der allmächtige Zechendirektor Daniel Bonacker verantwortlich. Und auch für diesen Vorgang war er verantwortlich: Die SPD-Mitglieder, die in jenen Tagen das Bochumer Volksblatt oder die Bergarbeiterzeitung vom sozialdemokratisch ausgerichteten Alten Verband bezogen, erhielten die Zeitung nicht nach Hause zugestellt, sondern mussten sie unauffällig bei einem Röhlinghauser Friseur abholen.

Sozialdemokraten wurden auf der Zeche Königsgrube nicht geduldet und verloren bei Bekanntwerden der Parteimitgliedschaft ihren Arbeitsplatz und die Werkswohnung in der Kolonie. Aus



Daniel Bonacker

diesem Grund kontrollierten häufig die Grubenbeamten auf Veranlassung des Zechendirektors Bonacker die mitgebrachten Brote, um zu prüfen, in welchen Zeitungen die Lebensmittel eingepackt waren. Die Rücksichtslosigkeit mit der der Zechendirektor gegenüber den Belegschaftsangehörigen vorging, zeigte sich besonders bei der Gestaltung der Mietverhältnisse in den Zechenkolonien.

So wurde ein Bergmann der Zeche Königsgrube aufgefordert, seine beiden Söhne innerhalb von 48 Stunden aus der Wohnung zu verweisen, weil sie nicht auf der Zeche arbeiteten. Ihm wurde angedroht, dass er ansonsten die Wohnung zu räumen hätte. Nachdem er sich diesem Willkürakt mit dem Hinweis auf die geltenden Gesetze widersetzt hatte, wurde er zum Direktor Bonacker bestellt, der ihn mit einem Bußgeld von

fünf Mark bestrafte und schließlich die Wohnung kündigte.

Die Kumpel und ihre Familien in Röhlinghausen wohnten zu 66 Prozent in den Königsgrubern Zechenwohnungen. Im Vergleich zu den anderen Zechen in den Ämtern Wanne und Eickel war das eine extrem große Anzahl von zecheneigenen Vermietungen.

Das auf den Zechen übliche und von den Bergleuten ganz besonders gefürchtete und verhasste Strafwesen wurde auch auf der Königsgrube häufig ausgeübt. Wer gegen die Arbeitsordnung verstieß, wurde mit Lohnabzug bestraft. Die Belegschaft der Zeche Königsgrube stellte am 15. Dezember 1918 einen Forderungskatalog mit 25 einzelnen Punkten auf, in

dem höhere Löhne, Zahlung von Teuerungszulagen und andere Zuschüsse, Lieferung von Hausbrandkohle, Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Besondere Beachtung fand der Punkt 25: „Entlassung des Direktors Bonacker.“

Zechendirektor wurde abgesetzt

Und tatsächlich: Der Zechendirektor wurde abgesetzt.“ Im Rahmen einer Belegschaftsversammlung stimmten 1.090 von 1.106 anwesenden Bergleuten für die Absetzung des selbsterherrlichen Zechendirektors.

Unter diesen Lebensbedingungen entstand in der Arbeiterschaft der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben in einer Republik mit demokratischen Grundrechten. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919, zum Preußischen Landtag und zur Gemeindevertretung Röhlinghausen erzielte die SPD Spitzenwerte von 65 Prozent. 1921 ergriff die SPD Röhlinghausen die Initiative zum Bau eines Volkshauses für die hiesige Bevölkerung.

Dementsprechend sprach bei Eröffnung des Volkshauses am 2. April 1923 der damalige Gemeindevorsteher von Röhlinghausen, Anton Wandzioch (SPD), den Wunsch aus, dass das Volkshaus eine Erholungs- und Bildungsstätte für alle Bevölkerungskreise werde.



Eröffnung des Volkshauses am 2. April 1923

„Es war eine Freude die Masse der Teilnehmer zu sehen, die sich in dem Riesensaal versammelt hatte. Aber ebenso groß war die Zahl derer, die keinen Einlass mehr bekommen konnten“, berichtete der Chronist vom Westdeutschen Herold am 3. April 1923, einer der Zeitungen, die im Amt Wanne erschienen. Im Laufe der Zeit entwickelte sich das Volkshaus zum Mittelpunkt für das arbeitende Volk in Röhlinghausen. Besonders die Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und die ihnen angeschlossenen Arbeitervereine nutzten das Volkshaus als Versammlungsstätte: die „Sozialistische Arbeiterjugend“ (SAJ), die Kindergruppen der „Roten Falken“, der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, die „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“, der „Arbeiter Turn- und Sportverein“ Röhlinghausen, der Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Kameradschaft Röhlinghausen, der „Arbeiter-Gesangsverein“ Röhlinhausen sowie die „Freie Wohlfahrtsvereinigung“ mit ihren Nähstunden. Der Betriebsrat der Zeche Königsgrube führte die Belegschaftsversammlung im Volkshaus durch. Für die Jugendlichen von Röhlinghausen sollte das Volkshaus attraktiv gestaltet werden.



„Wo sind Eure Kinder nach getaner Arbeit? Wo verbringen sie ihre kurze Freizeit? Auf der Straße oder bei der sozialistischen Jugend? Überlasst ihr sie der Straße, dann werden sie Eckensteher. Soll das Deinem Kind passieren?“ fragte die sozialdemokratische Tages-

zeitung „Der Volkswille“, die in Gelsenkirchen mit einem Lokalteil für die noch bestehenden Ämter Wanne und Eickel erschien. Die Beantwortung dieser Fragen verband die SPD-Tageszeitung mit der Aufforderung, die Kinder und Jugendlichen in das „Jugendheim Volkshaus“ zu schicken.

1. Mai in Röhlinghausen

Eine Erinnerung: „Zum 1. Mai war in Röhlinghausen immer was Besonderes los. Transparente waren von Baum zu Baum über die Straße gehangen worden. Mit Sprüchen und Parolen. An Mauern und Wänden und auf dem Straßenpflaster waren Embleme gemalt. Drei Pfeile, Hammer und Sichel unter anderem. Dann hieß es „Am 1. Mai die Straße frei“.



1. Mai 1919: „Straße frei zum 1. Mai“

Mit Kind und Kegel zur Demonstration

Da zogen wir alle mit Kind und Kegel zur Demonstration los. Ein riesiger Zug von Menschen wälzte sich durch die Straßen. Vorne voran die Fahnenträger. Ein junger Athlet aus dem Arbeitersportverein. Mit ausgestreckten Armen schwenkte er eine riesige rote Fahne. Dann kamen die Schalmeienkapellen und andere Spielmannsgruppen mit Pauken und Trompeten. Arbeitergruppen mit blauen Russen Kitteln, Reichsbannergruppen in Windjacken und Ledergamaschen. Dann die Jugendverbände, Gruppen der kommunistischen Jugend, Sozialistische Arbeiterjugend, Falken, Wandervogel mit Gitarren und Mandolinen. Aus den Sprechchören hörte man die Kampfrufe 'Am 1. Mai, die Straße frei, die rote Front marschiert' oder 'Was bedeuten die drei Pfeile? Hitler bekommt Keile'. Am Abend ging man ins Volkshaus, da spielte dann der Dilettantenverein. Berthold Brechts Dreigroschenoper zum Beispiel. Das alles hat uns einen großen Zusammenhalt gegeben."



1933 ...

Im Jahr 1933 endete auch in Röhlinghausen der „große Zusammenhalt“. Im letzten Kriegsjahr wurde das alte Gebäude des Volkshauses bei einem Bombenangriff völlig zerstört.

1955 führte die Raumnot der Schulen in Röhlinghausen zu einer Diskussion über die Wiederrichtung des Volkshauses mit entsprechenden Räumlichkeiten, z.B. einer Turnhalle. Am 8. März 1956 berichtete die Tagespresse

über die Pläne für den Neubau des Volkshauses, mit der Feststellung, dass im neuen Etat der Stadt Wanne-Eickel keine Finanzmittel für den Wiederaufbau vorgesehen waren. Das war einer der Gründe für die lange Planungs- und Aufbauarbeit des neuen Volkshauses mit der Wiederöffnung im Jahr 1960.

„Den Besitzlosen zur geistigen und kulturellen Hebung“

Zum Abschluss meiner Ausführungen ein Zitat aus dem Vorwort der Festschrift zur Eröffnung des Bremer Volkshauses von 1928:

„Die von der Arbeiterschaft für ihre kulturellen und ideellen Zwecke errichteten Volkshäuser sind Bauten eigener Art: sie dienen nicht wie die Burgen der Unterdrückung der Menschen, nicht wie die Kirchen der geistigen Knechtung der Gläubigen, nicht wie die Banken und Handelshäuser dem Geldverdienen und der Ausbeutung anderer. Sie dienen den Besitzlosen zur geistigen und kulturellen Hebung; sie sind eine Schmiede, in der das Rüstzeug hergerichtet wird für den täglichen Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen. Gleichzeitig sind sie Bildungsstätten der Jugend und des Alters, um sie vorzubereiten und zu festigen für den Kampf. Sie sind Brutstätten einer neuen Ideenwelt. Sie dienen aber auch der Freude und der Geselligkeit.“

*